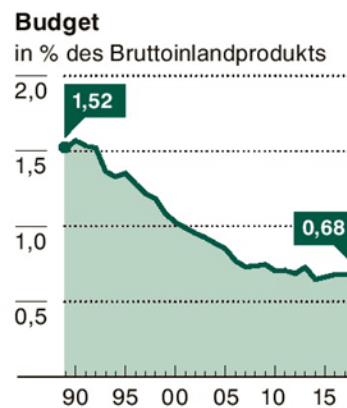
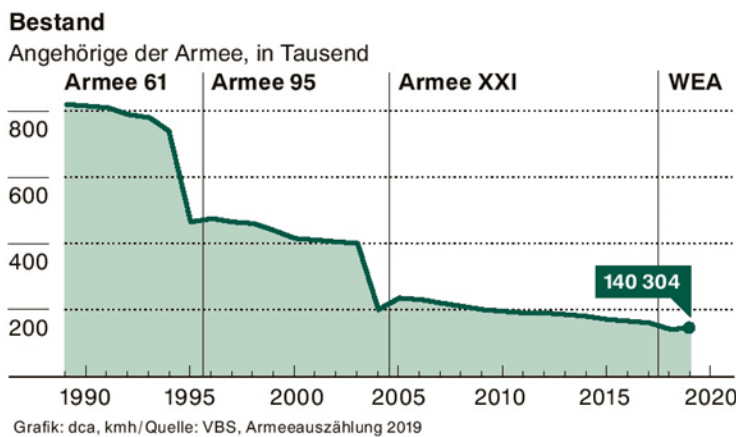




So stark hat die Armee an Bedeutung verloren

Wehrpflicht Weg mit dem Militär! Das forderte die GSoA vor 30 Jahren. Trotz dem damaligen Nein zur Initiative haben die Armee-Abschaffer heute Grund zum Jubeln.

Entwicklung der Schweizer Armee seit 1989





Pro Jahr sind aktuell 20 Prozent der Stellungspflichtigen untauglich. 1995 waren es lediglich 13 Prozent. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Yannick Wiget

Vor 30 Jahren forderte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die Abschaffung des Militärs. Die Initiative wurde am 26. November 1989 zwar abgelehnt, erzielte aber eine aussergewöhnlich hohe Stimmbeteiligung von fast 70 Prozent und einen damals unerwartet hohen Anteil von 36 Prozent Ja-Stimmen.

Trotzdem hat die Armee an Bedeutung verloren. 1989 zählte sie 800 000 Mann. Mit dem Ende des Kalten Krieges veränderte sich jedoch die Bedrohungslage. In mehreren Reformschritten wurde der Bestand verkleinert, so mit der Armee 95 auf 400 000, mit der Armee XXI im Jahr 2004 auf 220 000 und Anfang 2018 auf 140 000 Mann.

Zu wenig Personal

140 000 Mann sind gerade noch so viele, wie der Bundesrat mit der neusten Reform «Weiterentwicklung der Armee» vorsieht. In einem Bericht, den er im Juni veröffentlicht hat, schlägt er Alarm: «In den kommenden Jahren wird der Effektivbestand weiter sinken. Das führt dazu, dass die Verbände die geforderte Leistung nicht oder nur reduziert erbringen können.»

Das grösste Problem ist demnach der Zivildienst. Bis 2008 wurden jährlich etwa 1300 Stellungspflichtige dafür zugelassen. Dann kam die Abschaffung der «Gewissensprüfung». Die Zulassungen explodierten, und es wurden verschärfende Massnahmen eingeführt, die aber nur kurz wirkten. Seit 2011 steigen die Zahlen wieder auf aktuell gut 6200 Zivildienstler.

Von den 2018 zugelassenen Zivilisten reichten fast die Hälfte ihr Gesuch vor Beginn der Rekrutenschule, 15 Prozent während der RS und 36 Prozent nach der RS ein. Im letzten Jahr wurden nur 16 306 Soldaten neu eingeteilt – noch nie gab es so wenig Rekruten. 18 000 pro Jahr braucht die Armee nach eigenen Angaben, um den Bestand zu erhalten.

Eine Jahrgangsauswertung des Verteidigungsdepartements zeigte zudem, dass rund die Hälfte der Militärdiensttauglichen bis zum 26. Altersjahr aus dem Militärdienst ausscheidet. Neben jenen, die zum Zivildienst wechseln, verliert die Armee auch viele Angehörige, die sich aufgrund medizinischer oder psychischer Probleme untauglich schreiben lassen.

Hinzu kommen alle, die schon



bei der Aushebung als untauglich eingestuft werden. Pro Jahr sind das momentan gut 20 Prozent der Stellungspflichtigen. Früher lag diese Zahl deutlich tiefer. Im Jahr 1995 waren lediglich 13 Prozent untauglich. Die Zunahme hat auch mit einer neuen Praxis bei der Rekrutierung zu tun, Ausmusterungen zunehmend vorsorglich zu tätigen, um allfällige gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden. Seither ist zwar die Quote der Untauglichen gestiegen, gleichzeitig aber auch diejenige der Ausfälle im Dienst gesunken.

Die Armee hat dennoch ein Personalproblem, weshalb der Bundesrat den Übertritt zum Zivildienst erschweren will. Er hat im Februar Massnahmen beschlossen, unter anderem eine Verlängerung der Dienstzeit und eine Wartefrist von 12 Monaten.

Budgeterhöhung geplant

Der Ständerat hat den Massnahmen bereits zugestimmt. Im neu zusammengesetzten Nationalrat wird es für die Vorlage schwieriger. Stimmt die grosse Kammer dennoch zu, dürfte das Stimmvolk das letzte Wort haben. Die GSoA, der Zivildienstverband Civiva und die Grünen drohen mit dem Referendum.

Dieses hätte wohl gute Chancen. In einer Umfrage, die 2015 vom Bund in Auftrag gegeben wurde, sahen drei von vier Befragten im Zivildienst einen Nutzen für die Gesellschaft. Laut dem ETH-Bericht «Sicherheit 2019» betrachten gleichwohl 79 Prozent der Bevölkerung die Armee als notwendig. Gleichzeitig wollen 37 Prozent die Wehrpflicht abschaffen. Für den Bund kommt die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung einer Berufsarmee nicht infrage, obwohl er damit viel sparen könnte. Das zeigt die Entwicklung der letzten 30 Jahre. Die Armee wurde verkleinert, umstrukturiert und zentraler organisiert und damit günstiger.

Die Schweiz investierte seit der GSoA-Initiative verhältnis-

mässig immer weniger in ihre Landesverteidigung. Machten die Militärausgaben 1989 noch 1,52 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, waren es im letzten Jahr nur noch 0,68 Prozent.

Nun zeichnet sich allerdings eine Trendwende ab: Verteidigungsministerin Viola Amherd will erstmals seit 1990 wieder mehr ins Militär investieren. Derzeit hat die Armee ein jährliches Budget von 5 Milliarden Franken. Bis ins Jahr 2032 soll es auf 5,9 Milliarden angehoben werden, um geplante Beschaffungsvorhaben zu finanzieren, darunter neue Kampffjets. «Sicherheit kostet halt etwas», sagt Viola Amherd, welche die Budgeterhöhung zuerst noch durchs Parlament bringen muss.